

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Die beiden Kriegsschiffe "Deutschland" und "Gefion" unter Führung des Prinzen Heinrich sind nun nach China unterwegs. Der Kaiser hat sie im Namen von seinem Bruder, den Schiffsoffizieren und Mannschaften verabschiedet und hat Johann dem Elternkinderfanzier in Friederichshafen einen anderthalbstündigen Besuch abgestattet. Erzbischof von St. Gallen und Fürstbischof Kopp haben dem Kaiser noch viel Glück- und Segenswünsche für die aufzuhaltenden Schiffe gesandt und haben darauf sehr hilfreiche Antworten erhalten. Alle diese Thatsachen geben der Presse Stoff zu den mannigfachsten Erörterungen, die sich auf die allgemeine Lage im Innern, und auf die Marinevorlage beziehen.

\* Der zweite Bundesstaat, dessen Zustimmung der Militär-Strafprozeß einzuwirken nicht gefunden ist, steht d. R.

\* Die vom Reichstag zur Vorberatung der Militär-Strafprozeßordnung eingeliefezte Kommission sollte eigentlich noch vor Eintritt in die Weimarkssession gewählt werden. Diese Absicht konnte aber nicht verwirklicht werden. Die Wahl wird deshalb erst nach dem 11. Januar erfolgen und alsdann die Kommission sofort ihre Tätigkeit aufnehmen. Bezuglich des Vorstandes meint man sich dahin, dieses Amt dem Führer der Konserovationen von Beuthow zu übertragen. Die Verhandlungen zwischen den Parteien über diesen Punkt schwanken.

\* Die geplante Neuorganisation der Feldartillerie soll nach der Post' eigentlich zunächst eine Verbesserung des Advancement der Offiziere bewirken. Die Reformierung würde die Batteriegrade vermehren. Die Post' bemerkt, es gebe bei der Feldartillerie sieben Herren, welche Leutnantspatente von 1866 und 1868 haben und Obersten, aber noch nicht Regimentskommandeure sind. Bei der Kavallerie aber gebe es 13 Major, welche Regimentskommandeuren und Leutnantspatente bis 1873 hinab besitzen. Auch habe die Feldartillerie nur eine einzige Generalsstellung zu befreien. Aus den Bewilligung der Neuerwehrung der Feldartillerie will die Post' folgern auch ein Entgegenkommen des Reichstags auf die weiteren Fortbewegungen, wenn nur richtig gefordert werde.

\* Der preuß. Minister des Innern hat bestimmt, daß den zur Entlassung kommenden mittellosen Untersuchungsgefangenen, ebenso wie den betreffenden Strafgefangenen zum Zwecke ihrer Zurückbeförderung in die Heimat der für die Fabrikarbeiter erforderliche Bezug und eine angemessene Reiseunterstützung gewährt wird.

\* Nach dem letzten Krankenversicherungsgegege sind die Berufsgenossenschaften befugt, die Fürsorge für Verletzte auch innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall zu übernehmen. Von dieser Beschriftung machen die Berufsgenossenschaften immer mehr Gebrauch. Während im Jahre 1895 dafür 316 354,88 M. ausgegeben waren, belief sich die gleiche Summe für 1896 schon auf 490 133,63 M. Berufsgenossenschaften und Ausführungsbürokraten befürchten damit aber das Maß der gesetzlichen Verpflichtung hinausgehende Aufwendungen, erleichtern gleichzeitig aber auch die Folgen der Verletzungen auf die Rentenhöhe möglichst. Auch hier fällt das Interesse der Arbeitnehmer mit dem der Berufsgenossenschaften und Ausführungsbürokraten genau zusammen.

\* Die Disziplinarstrafe gegen den Kriminalkommissar v. Tauch wird am 5. Januar verhandelt werden. Die entscheidende Disziplinarbehörde erster Instanz ist im vorliegenden Falle das Polizeipräsidium. Herr v. Tauch wird sich selbst verteidigen. Die Verhandlung, welche im Gebäude des Polizeipräsidiums stattfindet, ist nicht öffentlich.

### Österreich-Ungarn.

\* Der ungarische Graf Sich, von dem möglichst Neuerungen über Kaiser Wilhelm durch die Presse gingen, hat das Wissenschaftliche Telegraphen-Büro erfüllt, in seinem Namen zu erklären, daß Kaiser Wilhelm mit ihm weder

über österreichische Angelegenheiten, noch über die österreichische oder ungarische parlamentarische Sache gesprochen hat.

### Schweiz.

\* Die Schweizer Bundesversammlung in Bern wählte mit 133 von 150 Stimmen Kappel (radikal) zum Bundespräsidenten für 1898 und zum Vizepräsidenten Müller-Bern (radikal).

### England.

\* Von allen Seiten wird bestätigt, daß die Verhandlungen des aus je drei Vertretern der Maschinenbauer- und Unternehmertage befindenden bestehenden Ausschusses einen verhältnismäßig befriedigenden Fortgang genommen haben. Der Ausschuss hat den Bericht über die Vorschläge angenommen, welche nach Ansicht der Arbeitervertreter mit einer einzigen Ausnahme den Arbeitern als annehmbar erscheinen würden. Diese Ausnahme bezieht sich auf den Grundsatzen der Gesamt-Vertragsschäftsvereinbarung, welcher den Arbeitern bei dem Stücklohnystem kaum durchführbar erscheint und befürchtet dessen ihre Vertreter den Arbeitgebern bereits mundlich Abänderungsvorschläge gemacht haben.

### Spanien.

\* General Wenler, der gegenwärtig in Madrid eine von Zweibeutigkeits nicht freie Rolle spielt, sollte auf den Eisenbahnbau das Zielobjekt eines anarchistischen Komplots werden. In Saragossa wurde ein Anarchist von seinen Genossen zur Verantwortung gezogen und geächtigt, weil er die ihm in Bezug auf den General Wenler erteilten Anstruktionen nicht ausgeführt hatte. Das anarchistische Komplott begleitete die von General früher in Barcelona angeordneten Exekutionen von Anarchisten auf dem Monjuich zu richten. Die Untersuchung wegen dieses Komplotts wird in Saragossa geführt.

\* Anlässlich der Treibung von der Wiederherstellung der Ruhe auf den Philippinen wurden in Madrid am Donnerstag die Häuser besetzt; abends fand eine Illumination statt.

### Australien.

\* Die Russische Telegraphen-Agentur meldet: „Das russische Geschwader unter dem Kontrolleur Admiral Neumann ist soeben in Port Arthur eingelaufen, um dort den Winter zu verbringen, mit voller Zustimmung der chinesischen Regierung. Dieser Akt ist ausschließlich begründet durch das Bedürfnis einer provisorischen Winterstation und es kann nicht die Rede von einer erzwungenen Okkupation und von irgend einer Demonstration oder feindlichen Absicht gegen China, Deutschland, Japan oder irgend eine andere Macht sein.“

\* Die Meldung, daß die russische Regierung Unterhandlungen angeknüpft, um von Frankreich die Abtreitung des russischen Hofes von Bizerta zu erlangen, und daß die französische Regierung nach einem Zaubern ihre Zustimmung ertheilt habe, war wohl geeignet, in Italien, sowie in England Aufsehen zu erregen. Der Russische Nord, der sich selbst als französisch-russisches Organ bezeichnet, bemerkte, daß Russland seine Kriegshäfen im Mittelmeere bedürfe, da das verbindende Frankreich dort über eine mehr als hinreichende Anzahl Kriegshäfen verfüge. Das Blatt sagt jedoch hinz: „Russland bedarf höchstens eines Punktes, wo es eine Kohlenstation errichten könnte.“

### Europäische Staaten.

\* Die Selbstklemme der Türkei dauert fort. Die Verhandlungen mit der Ottomankontore über einen Vertrages sind bisher ergebnislos gewesen. Um den dringenden Geldbedarf abzuhelfen, sind 100 000 Pfund aus dem in der Ottomankontore hinterlegten, durch öffentliche Sammlungen für die Armee gesammelten Kriegsfonds entnommen worden.

\* Auf Kreischa herrscht wieder vollständige Anarchie, verstärkt durch allgemeine Hungersnot. Nachdem die Aufständischen wiederholt den Kordon überschritten und die Tschechoslowaken überfallen, vertrieben, ver-

wundet oder getötet hatten, um sich in den Besitz von deren Gütern zu setzen, trat auf Beschluss des englischen Kommandanten das Konjuralkorps zusammen, um die Aufständischen aufzufordern, den Kampf herauszugehen, wogegen aber wenig Hoffnung vorhanden ist, da seit der Tötung des Insurgentenführers Leopold jede Organisation im Innern aufgehört hat. Man befürchtet Repressalien von den Russen.

### Amerika.

\* Die peruanische Kammer hat wiederum ein Gesetz über die Einführung der Bibliotheke angenommen, obwohl der Präsident gegen eine ähnliche Maßnahme förmlich sein veto eingelegt habe. Der Präsident sei der Ansicht, die Biobüche soll nur für nichtkatholische Ausländer gelten.

### Deutscher Reichstag.

Am 17. d. erledigte das Haus zunächst einige Rechnungssachen und legt sodann die erste Lesung der Militärstrafprozeßreform fort.

Abg. Döffermann (nat.-lib.) erklärte in der Vorlage einen Vorwurf, für dessen Erreichung man dem Reichstag zu Dank verpflichtet sei. Dennoch drängten sich über manche Bestimmungen schwerwiegende Bedenken auf. Man erkenne deutlich, daß der Entwurf das Ergebnis zweier sehr verschiedener Anschauungen sei. Am einzelnen über der Redner an der Vorlage eine eingehende Schilderung, so z. B. an der verschiedenen Behandlung der verhältnisse und der zur Disposition gestellten Offiziere, an der zu weiten Ausdehnung der Zuständigkeit der Militärgerichte und der Gerichtsherrn sowie auch der Standgerichte. Er äußerte Bedenken gegen die Ständigkeit der Kriegsgerichte, gegen die zu geringfügige Bezeichnung von Juristen, gegen die Einschränkung der Zulassung von Rechtsanwälten, gegen die Ausdehnung der Zuständigkeiten des Richters durch die Kommission regte eine Erörterung der Frage an, ob nicht das Institut des liegenden Richters für die Standgerichte einzurichten sei, das sich in Bayern so gut bewährt habe. Bei den Kriegsminister rüttete er die Anteile, ob nicht das Richterpersonal rückt, um die Stärke zu erhöhen. Den Gründen für das Reservat eines bayerischen Obersten Gerichtshofes kann er eine überzeugende Kraft nicht entnehmen.

Abg. Krämer (soc.) hält den Umfang der Militärstrafprozeß-Ordnung für viel zu weit gerechnet, was er auf die Reihung des Militarismus zurückführt, seinem Einfluß möglichst auszuweichen. In welche Konflikte gerate der Soldat, wenn von der einen Seite gefordert werde, er müsse gegebenenfalls auch auf Vater und Mutter schwören, und wenn auf der anderen Seite das christliche Gebot verlangt, Vater und Mutter zu ehren. Unhaltbar ist die Bestimmung, daß alle Quellen von Reserve-Offizieren der militärischen Berufsklasse unterliegen. Man dürfe doch nicht von einer besonderen Offizierskaste sprechen. Velder gebe es zur Zeit keinen wirklichen Gegenzug als zwischen Armee und Volk. Dem Mann im Soldatenrock, den man den Sohn des Königs zu nennen beliebt, werde nicht einmal das Recht der Freiheit seiner eigenen politischen und religiösen Meinung zugesagt; das sei unerhört und menschenunwürdig.

Präsident v. Buel bewertet dem Redner, diesen Ausdruck entschieden rügen zu müssen.

Generaladjudant Ettembach lehnt auf Grund der exception plurius die Vaterschaft des Geistes ab und hält dem Vorredner entgegen, daß er sich über den Begriff der Disziplin mit den Sozialdemokraten niemals einigen werde, denn er verstehe unter Disziplin unbedingt Ehrang an dem König, unbedingte Treue zum Kriegsberufe, unbedingten Gehorsam gegen Befehle des Vorgesetzten und die Pflege der ehemaligen Kameradschaft. Im Zukunftsstaat der Sozialdemokraten würde man eine bewaffnete Gesellschaft haben, für die ein humanitäres Verfahren nötig sei, und auf solzestem Wege zur Raison gebracht werden müsse, wenn sie nicht Urteile pariere. Redner verteidigt dann den Entwurf. Darin, daß man zu jedem Kriegsgericht nur einen Juristen zugiebe, liege kein Mißtrauen, sondern im Gegenteil ein Vertrauen zu den Juristen. Eine so humane Militärgerichtsbarkeit wie Deutschland habe kein geistiger Staat in der ganzen Welt.

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (freikr.) erkennt das Bedürfnis nach einer solchen Vorlage an. Sie gebe wesentliche Fortschritte gegen früher, gebe Einheitlichkeit des Verfahrens für Deutschland, Deutschtum und Wohldeutlichkeit. Eine ganze Anzahl von Juristen wünsche heute eine Mehrbeteiligung des Volksrates, man möge deshalb nicht zu weitgehende Abänderungen tun, sondern eine einstimmige Annahme zu erreichen suchen.

Abg. Böck (fr. lib.): Die Vorlage entspricht keinesfalls modernen Anschauungen, wie der Reichstag.

Redner hält sein Versprechen einer Vorlage mit modernen Neuerungen in ähnlicher Weise gehalten wie sein anderer bezüglich des Vereinsgesetzes. Er hat die Vorlage bepunkt mit unannehmbaren Behauptungen. Es ist uns eine Sache, nicht der Redner serviert. Herr Grüner, dem ich im wesentlichen beipflichte, hat ja auch schon dargelegt, in wie vielen Punkten die Vorlage einer Abänderung bedarf. Redner geht indessen noch auf eine Reihe Einzelheiten ein. Vor allem muß der Gerichtsherr aus der Vorlage hinaus, die heutige Anteilnahme aus dem Heubalzett.

Die Verteilung ist nicht klar, ob eine Untersuchung eingeleitet werden soll oder nicht. Wenn das man keinesfalls die Juristen so ganzlich ausschließt, wie dies bei den Standgerichten geschieht. Die Offenheit soll aus Gründen der Disziplin. Da diese weitgehende Begriff lädt die Deutlichkeit überaus noch als eine Aufnahme erscheinen. Wenn man so kühne Ratschläge da ist, wird man doch auch wohl nur für die Militärgerichte ausreichende Massnahmen schaffen können. Was die Bürgerverteidigung anlangt, so wird man doch wohl einen Antrag, der sogar die Anwaltsammer zugelassen hat, nicht noch einmal einer Prüfung unterworfen wollen. Daß jemand als Verteidiger sozialdemokratische oder anarchistische Propaganda macht, braucht Sie doch wohl nicht zu befürchten. Die Beleidigungsklausur ist doch offenbar eine Orde zur Beleidigung, deren es nicht bedarf.

Abg. Werner (Ant.) erklärt, seine Freunde ständen dem Entwurf durchaus sympathisch gegenüber, und polemisiert keiner lebhaft gegen die Sozialdemokratie. Wenn deren Ergebnisse nicht in diese bringen dürften, so könne man dem Kriegsminister dafür nur danken. Er wiederholt, seine Freunde ständen der Vorlage durchaus wohlwollend gegenüber; jedenfalls dürfe die Disziplin nicht erweitert werden.

Abg. Werner (Ant.) bezeichnet als verbesserungswürdig beginn vom bürgerlichen Standpunkt aus vollständig unannehmbar die Zuständigkeit der Militärgerichte für Leute, die bereits aus der Armee ausgeschieden, den Gerichtsherrn, die geringe Wirkung des juristischen Elements und die übermäßige Verkürzung der Deutlichkeit.

Abg. Mundel (fr. lib.): Wir stehen vor der Vorlage fühl ohne heiße Wünsche, aber auch ohne radikale Abneigung gegenüber. Wünsche in Bezug auf Einzelheiten behalten wir uns für die Kommission vor. Dabei muß ich doch bemerken, daß die Grundlagen der Vorlage vielfach anerkanntswert sind. Wir haben ja das Ergebnis der geheimen Disziplin hier verhindern gehort. Ich kann mir nicht denken, daß die Disziplin leben könnte durch strenge Gerechtigkeit. Am liebsten möchten wir unseren Brüdern im Bartenwald ganz die Regel der Rechtspflege sichern, wie wir selber sie bezeichnen. In jedem Falle werden wir die Zuständigkeit der Militärstrafprozeß möglichst einzuschränken und ihre Verweiterung zu verhindern und bemühen. Die Stellung der Gerichtsherrn erinnert lebhaft an unsere verlorenen Patriotionalgerichte. Soweit der Gerichtsherr formale Beizugnahme hat, können wir ihm diese; keine materiellen Beizugnahme werden wir genau prüfen müssen. In unseren Augen hat die Vorlage den Vorzug der Berufung gegenüber den bürgerlichen Strafgerichten. In die Stand- und Kriegsgerichte möchte ich etwas mehr Jurisdicition hinzulegen. Mit den Strafgerichten sind diese Gerichte nicht vergleichbar. Einmal mehr Vertrauen zu unserer Justitia wäre wohl wünschenswert, besonders zu unserem Richterstand. Das Beleidigungsklausur, wenn es wirklich nur gemeint ist, wie die Motive es darstellen, ist ohne Bedeutung. Aber den Fall bedenkt man, daß der Angeklagte sich in Haft befindet und die Beleidigung des ergangenen Urteils abschlägt.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine besondere Einzugsmanagers-Kommission.

Der Präsident spricht dem Abg. Dieder (soc.), der wiederholt das Amt eines Alterspräsidenten verloren hat, die Glückwünsche des Hauses zu seinem heutigen 87. Geburtstage aus.

Nächste Sitzung: Dienstag, 11. Januar 1898.

### Von Wah und Fern.

**Sigmaringen.** Das fürstliche Hohenzollern wurde in letzter Zeit umgebaut. Das Neuhause ist jetzt vollendet, und so bietet der herrliche Bau einen noch großartigeren Anblick als früher. Mit fünf Türmen, einem Wasser-, Gloden-, Aufsichts-, Siegengang- und Paradebau, jeder in angemessenem Stil, schaut das Sigmaringen jetzt trostig in die Welt; auch Gloden, fünf eigentliche und drei Scheingiebel, flankieren nach allen Seiten, zudem leichtgrößere und kleinere zierliche Altane und ein Kapellenvorplatz.

nötigen Schritte beim Ministerium nachträglich machen wollte.

Nach kurzer Zeit schritt Otto den selben Weg allein zurück, doch machte er einen weiten Umweg, um noch einmal das Wettrennen Haus und besonders die beiden mittlere eingeschlossenen Fenster zu betrachten, hinter denen, wie er wußte, Berthold und Magdalas Schlafzimmer lag. Bange Blicke er empfand. Bitterlich darüber, daß er so lange verdeckt worden war, erzählte sein Herrn Vater, den Vornamens Wettrennen, daß er seinem Sohn den Himmel und seine Hand habe, den Vornamens Wettrennen, der in seinem geheimen Versteck eingetreten, und doch kan es nicht lese wie ein Gebet über seine Lippen: Gott höre mich!

Er schrieb nun noch den Brief, leitete mit kurzen Worten mit, daß er mit seinem Begleiter getauscht habe, und legte allen Gewissen.

In der Gesellschaft erregte es großes Interesse, als die schwule Wette Otto und sein Sohn Lauth mit Wegner bekannt wurden.

Er hatte sich so wenig Wahrheit gegeben, seine Empfindungen für Bertha zu verborgen, daß alle gleich ein Gerücht zwischen den beiden vermuteten.

Nur blieb es bei diesen Vermutungen, bevor Gräfin Warthen war zu schlafen, um sich mit einem unvorstellbaren Wort zu verabschieden, und Bertha zu sagen, daß sie durch die Täuschung sei, der sie durch jahrelange Freundschaft, die sie für sie gehalten, sich hingegeben hatte.

So zog Bertha nach oben, Gräfin Warthen unter den Kleingefangen, welche die Tochter bei

### Drei Schwestern.

8) Roman von C. v. Berlepsch.

(Fortsetzung)

Johann, wartet der Lieferbringer auf Antwort?" fragte Bertha den Diener.

"Mein, gnädiges Fräulein, Baron Otto ist in dieser Nacht abgereist."

"Allmächtiger Gott!" Sie fühlte einen Stich im Herzen und hatte kaum noch Zeit, die so mühsam errungene Hoffnung wieder zu gewinnen, ehe die übrigen das Zimmer betraten.

Der Graf nahm logisch den Brief.

"Ach, von Otto! Nun, was hat denn der schon in aller Frühe zu schreiben?" Er entfaltete das Blatt und las es schnell.

"Unerträglich! Otto ist in der Nacht abgereist und sagt uns höchstens Adieu."

Bertha hatte die Worte beobachtet. Sie sah, wie diese bei der unerwarteten Nachricht erblasste. Was bedeutete das? Sie dachte darüber nach, konnte aber keinen sichtbaren Grund finden.

Marianne hatte nicht nur intrigiert, um Bertha und Otto zu trennen, sie hatte dabei zugleich geplant, Otto für Meta zu gewinnen. Es wäre auch nichts ungewöhnlich gewesen. Meta versprach eine Schönheit zu werden. Gleich dessen bewußt, verband sie schon jetzt mit einer nächsten Hoffnung einen großen Belohnung;

anherdem war sie schön und verschlagen. Sie hatte viele Verehrer, aber der Wunscharbeiten feiner warzig, ihr Kleinod, wie sie Meta mit Bertha nannte, zu besiegen. Otto allein schien ihr die geeignete. Er hatte eine Zukunft, sein Lauten klagen über dies Mißgeschick, daß ihn

gerade jetzt von der Seite seiner Braut, mitten aus dem helligen Glücks röhrt. Seine Bannstationen unterbrach endlich Otto, der bis dahin fast sein Wort gesprochen hatte, mit der hastigen Frage:

"Würden Sie mit mir tauschen?"

Wegner sah ihr verständnislos an.

"Würden Sie mit mir tauschen?" wiederholte Otto.

"Wollen Sie damit sagen, daß Sie statt meiner dorthin gehen wollen?"